

Wien, am Donnerstag, den 16. Dezember 1926.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 16. Dezember 1926.

DIE BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES.

Heute um zehn Uhr vormittags setzte der Gemeinderat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters die Generaldebatte über den Voranschlag fort. Als erster Redner sprach der christlichsoziale Gemeinderat Zimmerl, der ausführte:

Es ist charakteristisch für die Art, wie hier die Verwaltung von der Mehrheit geführt wird, dass wir jedes Mal bezüglich der formalen Behandlung des Voranschlags Protest einlegen müssen. Der Voranschlag wurde den Mitgliedern des Gemeinderates am Samstag vormittag zugestellt und am Montag begann bereits der Finanzausschuss mit der Beratung. Wenn man auch den ganzen Sonntag zum Studium verwendet, so ist eine genaue Kenntnis in der kurzen Zeit nicht möglich. Aber auch die Bestimmungen der Verfassung werden ganz ausser Acht gelassen. So bestimmt die Verfassung, dass der Rechnungsabschluss für das vergangene Jahr bis 30. September vorgelegt werden muss. Wir haben ihn heuer erst anfangs Dezember erhalten. Sie setzten sich seit Jahren einfach über zwingende Bestimmungen der Verfassung hinweg. Die Verfassung bestimmt weiter, dass der Voranschlag zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen ist und nach der Beratung im Stadtsenat dieser Entwurf acht Tage ebenfalls aufgelegt werden muss. Dann erst können die Beratungen im Gemeinderat beginnen. Der Stadtsenat hat gestern Mittag seine Beratungen beendet und schon am Nachmittag hat der Gemeinderat mit der Beratung des Voranschlags begonnen. Sie haben nicht einmal eine Frist von acht Stunden, geschweige denn von acht Tagen eingehalten. Sie können sich doch nicht über alle Gesetze hinwegsetzen. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Die machen was Sie wollen).

So wenig Sie reden und schreiben, wenn Sie eine Steuer einführen, so viel Geschrei machen Sie, wenn eine Steuer ermässigt wird. Da wird eine Reklame gemacht, an der sich Amerika ein Beispiel nehmen könnte. Es hätte noch gefehlt, dass auch das Freilichtkino am Naschmarkt dazu benützt worden wäre. Wie ist denn eigentlich mit der Änderung des Gesetzes über die Lustbarkeitsteuer. Die Theater haben doch diese Ermässigung bereits seit acht Monaten und selbst Stadtrat Breitner wird nicht den Mut haben, diese Ermässigung wieder aufzuheben. Sie haben auch mit dieser Ermässigung die besten Erfahrungen gemacht.

Seitdem diese Steuerermässigungen für die Theater eingetreten sind, haben wir nichts mehr von Zusammenbrüchen gehört. Bei den Varietes ist wohl eine neue Steuerermässigung von 25 auf 20 Prozent vorgeschlagen. Das mag für diese Unternehmungen wohl günstig sein; für die Wirtschaft unserer Stadt kommt das aber nicht in Betracht. Es soll wahrscheinlich nur verhindert werden, dass neben so vielen zugrundegegangenen Unternehmungen dieser Art, auch noch einige neue ruiniert werden. Dazu kommt noch, dass diese Ermässigungen an Bedingungen geknüpft werden. Es ist einem Varietebetrieb nicht immer möglich seinen Betrieb nur vierzehn Tage ruhen zu lassen. Auch hier wird also vielfach auf die Ermässigung verzichtet werden müssen. Auch die Ermächtigung durch den Stadtsenat heisst nichts anderes als diese Ermässigungen erschweren. Der Unternehmer muss ein begründetes Ansuchen jedes Jahr an den Stadtsenat richten, der das Gesuch überprüft und dann entscheidet nach freiem Er-

messen. Das hätte man doch gleich im Gesetz machen sollen. Es kann Unternehmungen geben, die der Landesregierung sympathischer sind und die daher die Ermässigung bekommen. Es kann aber auch Unternehmungen geben, die Ihnen weniger sympathischer sind, weil sie das Ihnen gesetzlich gewährleistete Recht der Beschwerde an den Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof benützen und daher keine Ermässigung bekommen. Es ist ganz entschiedenst zu verurteilen, dass man auch hier wieder die Bewilligung der Steuerermässigung von der Entscheidung der Landesregierung abhängig macht. Das ist nun fast bei allen Steuergesetzen so. Diese Entscheidungen mögen auch von Beamten erfolgen und man gibt dadurch der städtischen Bürokratie eine ziemliche Macht.

Die Bürokratie hat schon viel Unheil über unseren Staat und über unsere Stadt gebracht. Trotzdem aber ist jede Steuer dem Bürokratismus ausgeliefert. Nur die Behörde setzt die Steuern fest. Redner kommt nun auf die verschiedenen Gemeindeabgaben zu sprechen. Wir haben die Erdenzimmerabgabe früher ruhig hingenommen, obwohl sie gerade eine Gruppe von Hotels

schwer belastet hat. Die Ermässigung betrifft nur eine Gruppe von Hotels, die Sie aus ihrer bisherigen Art herausgenommen haben. Bei der Automobilsteuer war es so, dass früher die An- und Abmeldungen vierteljährlich vorgenommen wurden, jetzt wird die An- und Abmeldefrist für das Monat herabgesetzt. Die Ermässigung der Feilbietungsabgabe von sieben Prozent auf fünf Prozent wird sich so ausdrücken, dass der Entfall eine Milliarde ausmachen wird. Aber alle diese Ermässigungen haben für die Wirtschaftslage im allgemeinen keine Bedeutung.

Für das Jahr 1927 sind die Steuern um zwölf Prozent mehr erhöht als für das Jahr 1926. Herr Stadtrat Breitner hat sich einmal im Finanzausschuss versprochen, in dem er nicht "Aufstellung des Voranschlags", sondern "Aufstellung des Defizites" sagte. Diese unrichtige Anwendung eines Wortes beinhaltet eine absolute Richtigkeit. Die Steuern werden erhöht und jetzt werden Investitionen beschlossen. So kommt es, dass die Post Wohnbaubauten eine Kautschukpost ist. Ich erkläre Ihnen, dass Sie im Jahre 1927 für den im Budget vorgesehenen Betrag nicht bauen werden.

Die Wohnbausteuer, die im Vorjahr mit 34 Millionen präliminiert war, ist für das Jahr 1927 mit 37 Millionen ausgewiesen. Sie sagen, dass das Mehrerträgnis durch die neuen städtischen Wohnbauten gegeben ist.

Die Fürsorgeabgabe deren Erträgnis im Vorjahr mit 66 Millionen präliminiert war, ist in diesem Budget mit 68 Millionen veranschlagt. Wenn man die Entwicklung der Fürsorgeabgabe seit 1923 beobachtet, steht man vor einem Rätsel. Hunderte von Angestellten und Arbeitern wurden Arbeitslos und es hat auch keine Lohnerhöhungen gegeben. Trotzdem aber steigt das Erträgnis der Fürsorgeabgabe von Jahr zu Jahr. Das ist die Frucht der sogenannten besseren Erfassung. Einem Bäckermeister zum Beispiel, der seine Arbeiter Semmeln und Brot gibt, wird hierfür besteuert, weil die amtlichen Organe dieses Geschenk als Naturalzuwendung herausüfteln. Die Konsequenz die daraus entstehen wird, wird die sein, dass Sie durch eine solche Steuerpraxis ehrliche Arbeiter verleiten werden, sich zum Beispiel Semmeln und Brot heimlich anzueignen.

Der Voranschlag ist eine Herausforderung der Industrie, des Handels und des Gewerbes und der Angestellten und Arbeiter. Das Finanzministerium des Bundes hat in seinem Budget der Wirtschaftslage Rechnung getragen. Auch die Länder haben beträchtliche Steuererleichterungen eingeführt. Nur Wien, das reichste Land, das neben den grossen Investitionen noch Billionen an Reserven hat, gibt keine Erleichterung des Steuerdruckes. Die Geschäftsleute erkennen schon, dass diese Finanzpolitik zu ihrem Ruin führen muss. Es muss mit allen Mitteln gegen diese Finanzpolitik gekämpft werden. Der Gewalt muss eben eine andere Gewalt entgegengestellt werden.

Die Ermessigung der Lustbarkeitssteuer wirkt sich so aus dass wir gegenüber dem Ertragnis vom Jahre 1926 mit zwölf Millionen im Jahre 1927 ein Ertragnis von 13'5 Millionen Schilling haben. Die Genussmittelabgabe ist ziemlich gleichbleibend präliminiert. Der Erfolg des Fremdenverkehrs wird dadurch befähigt, dass die Fremdenzimmersabgabe, die im Vorjahr 3'5 Millionen ausmachte, für 1927 mit 4'5 Millionen Schilling ins Budget gestellt wurde. Den Erfolg des Fremdenverkehrs so zu werten, macht einen eigentümlichen Eindruck. Wir sind der Meinung, diese Steuer überhaupt abzuschaffen.

Die Wertzuwachssteuer ist ein eigenes Kapitel. Von ihr kann man nur sagen, dass sie das grösste Unrecht ist. Sie selbst haben zugegeben, dass dem alten Besitz, der mit zehn Prozent besteuert wird, ein schweres Unrecht geschieht. Dieser Zustand schreit danach, dass endlich dieser Gruppe Gerechtigkeit wiederfähre.

Auf dem Gebiet des Reklamewesens bringt die Kaufmannschaft grosse Opfer. Damit sollte man doch ein Einsehen haben. Nein. Im Gegenteil. Die Plakatabgabe und Anzeigengebühren, die für 1926 mit drei Millionen präliminiert war, ist in diesem Budget mit 4 Millionen, das sind 40 Milliarden, veranschlagt. Wie mir berichtet wurde, sollen hierfür gegen dreihundert Firmen in Betracht kommen. Ich glaube nicht, dass es diesen Firmen möglich sein wird, diese gewaltige Summe zu Erbringen. An der Entwicklung dieser Reklame sind aber nicht nur diese Firmen interessiert, sondern auch die Künstler, Druckereien und Papierfabriken, die daran Beschäftigung finden. Man sollte daher der Entwicklung der Reklame nicht durch fiskalische Massnahmen entgegenwirken. Wir werden dazu zu gegebener Zeit unsere Anträge stellen.

Gas und elektrischer Strom sollen eine etwas höhere Abgabe bringen. Das wird auf die Entwicklung der Elektrizitätswerke zurückgeführt. Was wir von dieser Steuer halten, hat schon Stadtrat Kunschak gesagt. Wir sehen aber, dass Sie die Steuern auch im neuen Jahr häuften wollen. Meine Mitteilung im Wiener Landtag dass auf einem Krügel Bier sechzehn Abgaben lasten, eine Belastung die es auf der ganzen Welt nicht geben kann, scheint auch den Herrn Stadtrat Breitner sehr erschreckt zu haben. Es scheinen sich auch die Arbeiter darauf gekommen zu sein, dass auch Sie schwer belastet werden (Beifall bei den Christlichsozialen).

Sie haben bis zum Jahre 1922 ununterbrochen Steuern eingeführt. Das waren die Inflationsjahre und niemand hat Sie daran gehindert, weil das Gleichgewicht im städtischen Haushalt aufrecht bleiben musste. Aber das Jahr 1923 war bereits ein Jahr der stabilen Krone. Sie haben im Jahre 1923 ein Defizit von 78 Milliarden Kronen errechnet, der Ueberschuss betrug 636 Milliarden. Im Jahre 1924 ein errechneter Abgang von 545 Milliarden, der Ueberschuss war 284 Milliarden. Im Jahre 1925 ein Abgang von 590 Milliarden, der Rechnungsabschluss zeigt einen Ueberschuss von 560 Milliarden. Das sind in diesen drei Jahren insgesamt 1480 Milliarden die Sie haben müssen. Der Rechnungsabschluss hat ja immer nur den Stand des jeweiligen Jahres ausgewiesen. Diesen Betrag haben Sie in den Kassenbeständen und wie wir wissen fast zur Gänze einer Grossbank anvertraut, die naturgemäss damit die ihr zweckmässig erscheinenden Geschäfte machen muss. Das die Geschäfte nicht mit

Kleingewerbetreibenden und Kleinkaufleuten gemacht werden, diese Gelder daher diesen Kreisen nicht zugute kommen, das wissen Sie so gut wie wir. Die Erfolge die Sie am Schluss eines jeden Jahres ausweisen, sind lediglich zurückzuführen auf die gewaltsame Entwicklung der Steuern. Bei der Beratung des Voranschlags für 1923 wäre Stadtrat Breitner zufrieden gewesen, wenn die gesamten Steuern 338 Milliarden getragen hätten. Der Ertrag war aber 834 Milliarden. Was sonst sehr angenehm ist, wurde unser Unglück. Im Jahre 1913 hat alles geglaubt es verdiene und hat fast ausnahmslos ein jeder das Geld viel leichter ausgegeben. Daher das gewaltige Ansteigen der Steuern. Breitner hat gesagt, wenn die Leute das Geld einfach hinschmeissen, so können

sie statt 834 Milliarden auch mehr zahlen und es wurde der Ertrag für 1924 auf 1420 Milliarden erhöht. Ähnlich sind die Verhältnisse auch in den späteren Jahren.

Der Voranschlag ist eigentlich nichts anderes, als eine Herausforderung von Industrie, Gewerbe und Handel, die sie sich absolut nicht gefallen lassen können. Sie müssen nur die Entwicklung der Wirtschaft mit der Entwicklung der Gemeindesteuern vergleichen. Die Konjunktur im Jahre 1913 war nur eine Scheinkonjunktur. Das Jahr 1924 war das Jahr der beginnenden Bankenzusammenbrüche. Das hat sofort seine Rückwirkungen im gesamten Geschäftsleben dieser Stadt gehabt und einen Rückgang des Umsatzes bewirkt. 1925 war schon ein Jahr einer furchtbaren wirtschaftlichen Depression, die sich im Jahre 1926 noch ärger ausgewirkt hat. Wir haben die Hoffnung, dass der Tiefstand erreicht ist und das Jahr 1927 bessere Verhältnisse bringen wird. Man sieht aber, dass die Steuerkurve steil aufwärts gestiegen ist, während die Wirtschaftskurve ebenso steil nach abwärts gegliedert ist.

Ueber die Art der Einhebung und Kontrolle der Abgaben wurde schon im Finanzausschuss gesprochen. Es ist geradezu lächerlich, was man den Steuerträgern für Formulare übermittelt. Ich kenne einen Tanzmeister der mit seiner Frau und einem Klavierspieler den Betrieb führt. Er erhielt eine ganze Kiste mit solchen Formularen, für die ihm siebenzig Schilling angerechnet worden sind. Das sind Legitimationen für jeden der eine Stunde in die Tanzschule kommt. Diese Formulare müssen durchgeschrieben werden. Damit jeder Unfug ausgeschlossen ist, gibt es verschiedene Legitimationen. Solche für Besucher von Einzelstunden, von Kursen, Gastkarten, Karten für Begleitpersonen, für Perfektionen und so weiter. Es muss auch in einem Tagesrapport jede Karte und jeder Besucher eingetragen werden. Interessant ist auch der Vermerk auf jeder Karte, dass die Nachahmung als Urkundenfälschung gerichtlich bestraft wird. Sie setzen sich damit in Widerspruch mit der Notariatsverordnung und behandeln diese Formulare wie Banknoten. Die Besucher der Tanzschulen müssen nicht nur den Namen, sondern auch die Adresse auf dem Formular vermerken. Vielfach wird da kombiniert, dass die Gemeinde diese Personen auch noch separat zu einer Steuerleistung heranziehen wird, weil sie sich so genau erkundigt. Das ist nichts anderes als eine Drangsalierung und Sie bringen die Menschen buchstäblich zur Verzweiflung, weil es unsinnig und irrsinnig ist, solche Vorschriften zu machen (Beifall bei den Christlichsozialen). Alle Vorstellungen und Vorschläge, die von den betroffenen Kreisen, die rein aus Erfahrung sprechen, gemacht werden, sind vergeblich. Die Leute werden noch mit Steuerstrafen belegt. Auch die Steuerstundungen haben sich stark erhöht. Im Finanzausschuss wurde uns mitgeteilt, dass eine Gruppe von der nur ein Drittel der Nahrungs- und Genussmittelabgabe unterworfen ist, es sich daher um höchstens dreitausend Betriebe handeln kann, nicht weniger als 2440 Steuerstundungsansuchen eingebracht hat. Das ist ein Beweis, dass die Leute den Steuerpflichten nicht mehr nachkommen können. Die Mitteilung über die Steuerrückstände wird uns verweigert. Spricht man aber mit Unternehmern darüber, so stehen einem die Haare zu Berge, wenn man erfährt, wie gross einzelne Betriebe an die Gemeinde verschuldet sind. Es handelt sich hier um Steuerrückstände um etlichen hundert Milliarden, die man als Steuerreserve der Gemeinde bezeichnen kann.

Mir wurde von einer Gruppe von Steuerträgern ein juristisches Gutachten übergeben, wonach fast sämtliche Gemeindesteuern ungesetzlich erhoben werden. In dem Gutachten heisst es, dass nach dem Bundesverfassungsgesetz und Finanzverfassungsgesetz der Landtag die Abgaben zu beschliessen hat. Dann kommt der Gemeinderat und sagt, bis zu dieser Höhe brauche ich die Steuern um die Verwaltung führen zu können. Der Steuerträger weiss also nicht von vornherein, welche Steuerbelastung ihn treffen wird. Schauen Sie sich die Bundessteuern an. Da weiss man ganz genau, dass wer so viel Einkommen hat, die entsprechende Steuer zu zahlen hat. Das ist auch bei der Erwerbsteuer so. Bei den Gemeindesteuern ist es anders. Das Gesetz über die

Nahrungs- und Genussmittelabgabe wurde vom Landtag beschlossen, aber es weiss kein Abgabepflichtiger nach dem Gesetz, was er zu zahlen hat. Nur die Höchstgrenze von fünfzehn Prozent ist festgesetzt. Es ist aber in den Bundesgesetzen zwingende Bestimmung, dass die Steuersätze bestimmt werden müssen. Das kann nur der Gemeinderat beschliessen. Sie aber überlassen das dem Magistrat. Aber auch das ist nicht beschliessen worden. Und daher gesetzlich nicht in Ordnung. Alle diese Dinge macht der Magistrat was ungesetzlich und anfechtbar ist. Wir müssen es dieser Gruppe überlassen ob sie zu Gericht gehen wird. Freilich ist das keine leichte Sache. Wer soll zum Verwaltungsgerichtshof gehen und den grossen Streit mit Stadtrat Breitner zur Austragung bringen? Das sind verschiedene Steuergruppen. Die eine zahlt nur sieben Prozent, Sie wird sich hüten zu Gericht zu gehen, weil der Magistrat die Macht hat, dann fünfzehn Prozent zu verlangen. Die zweite Gruppe, meist kleine Gewerbetreibende, ringt schwer verschuldet um ihre Existenz und ist auf das Wohlwollen des Herrn Stadtrates Breitner angewiesen. Der Mann, der dem Herrn Stadtrat Breitner Steuern schuldet, der soll jetzt zum Verwaltungsgerichtshof gehen. Er muss sich fürchten, dass die Steuerstundung aufgehoben wird und er innerhalb von 48 Stunden die ganze Steuer zahlen muss. So kommt es, dass die Leute von den ihnen gesetzlich zustehenden Recht keinen Gebrauch machen, weil die Steuergesetze so gemacht werden, dass die Leute rechtlos sind. (Beifall)

Im vergangenen Jahr habe ich die Formel M mal M ist B aufgestellt. Das hiess Metternich und Mussolini ist Breitner. Ich muss den verstorbenen Metternich und den noch lebenden Mussolini um Verzeihung bitten. Sie haben in Wien eine Diktatur aufgerichtet, die niemals verzeichnet wurde und mit dem Diktator Breitner kann sich niemand vergleichen. Das sind keine Steuergesetze, das sind die Marterwerkzeuge, die in alten Zeiten abgeschafft wurden und die Herr Breitner wieder anwendet.

G.R. Kerber (chr. soc. JB war der Bala Kun auch (Heiterkeit):

G.R. Zimmerl: Auch über die Beteiligung der Gemeinde Wien an verschiedenen Aktiengesellschaften muss gesprochen werden. Der Versuch Einfluss auf Aktiengesellschaften zu gewinnen stammt von früher her, als die Betreiberste noch vom Geist der Arbeiterste getragen wurden. Da haben Sie sich gesagt, dass man auch in der Verwaltungsrat eindringen müsse um dort ebenfalls Einfluss zu gewinnen. Das wurde auch gar nicht gelungen. Dann sind die Aktienvermehrungen so rasch vorsich gegangen, dass Sie diese Spekulation fallen gelassen haben. Die zweite Spekulation ist jetzt, dass Sie an diesen Aktien schön verdienen wollen. Es wäre schön, interessant das Verzeichnis der Beteiligungen zu prüfen. Die Beteiligung an der Walzmühle Vonwiller war gut, weil damit auch der Betrieb einer Brotfabrik verbunden war. Sie haben aber aus Konkurrenzrücksichten gegenüber den Hammerbrotwerken den eingeschlagenen Weg wieder verlassen. Was die Gemeinde mit der Ankerbrotfabrik zu tun hat, ist unbegreiflich; diese Aktien dienen nur Spekulationszwecken. Ähnlich ist es auch mit den Aktien der Firmen Hausen und Schötka und der Drogengrosshandlung Petsold, Süß & Co. Wir sind an Gesellschaften beteiligt, mit denen wir aber schon gar nichts zu tun haben. Wozu haben wir Aktien der Semperit-Werke? Auch in der Bauindustrie sind wir ganz hervorragend beteiligt. Ein Teil der Aktien ist ein alter Bestand und rührt von einer Beteiligung her, die selbstverständlich notwendig war. Der grösste Teil der Aktien aber ist in einer Zeit erworben worden, wo Stadt und Land am Krusten waren und wo man andere Sorgen hätte haben müssen, als Aktien zu kaufen.

G.R. Zimmerl verliest nun einen Satz aus der gedruckten Rede des Abgeordneten Danneberg, in dem davon die Rede ist, dass der Herr Wutte sein Unternehmen wie ein Schieber und Wucher führt. In der Bilanz der Graz-Köflache hat er 120 Milliarden an Aktien, die mit dem Bergbau gar nichts zu tun haben. Redner setzt nun fort: Das Geld für diese Aktien stammt von den Aktionären her. Was aber ist der Finanzreferent, der Aktien-

kauft von Gesellschaften, mit denen die Gemeinde nichts zu tun hat? Was für Herrn Wutte recht ist, muss für Herrn Breitner billig sein. Der Nominalwert der Aktien der Gemeinde Wien beträgt 60 Milliarden. Wir haben Herrn Breitner schon eingeladen, uns die Anzahl der Aktien und ihren Kurswert vom Jahre 1923 und 1926 bekannt zu geben. Wir haben es bis heute nicht erfahren. Der Wert der Aktien geht in die Billionen und das wäre das Geld, mit dem man den Arbeitslosen helfen könnte.

Wir haben schon im März 1923 angeregt, Aktien abzustossen wenn wir nun eine Gegenüberstellung vom Jahre 1923 und von diesem Jahr haben, dann werden wir sehen, dass Sie alljährlich Verluste gehabt haben durch die Entwertung von Aktien, weil Sie sie nicht rechtzeitig verkauft haben. Was könnte man mit dem verlorenen Gelde alles machen. Sie könnten die Pfründner, statt sie hungern zu lassen, nahezu zu Pensionisten machen. Dem Voranschlag ist auch keine Inventur beigegeben. Wir verlangen, dass dem Rechnungsabschluss endlich einmal eine Inventur beigegeben wird. Die Strasse der Spekulation ist ein gewaltiger Erfolg der Gemeinde. Die zweite Strasse ist die Spekulation auf die Armut und auf die Not einer Gruppe von Menschen. Im Jahre 1925 haben Sie für 41 Millionen und im Jahre 1926 für 60 Millionen Gründe und Häuser gekauft, das sind hunderte von Milliarden, die im Haus- und Grundbesitz angelegt sind. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit dagegen währen, dass Häuser und Gründe gekauft werden, weil sie billig sind. Die dritte Art der Bereicherung sind die städtischen Wohnhausbauten. Sie haben da Wertgeschaffen, die Sie im Budget mit Null einsetzen. Sie haben aber Werte für vier Billionen. So hat sich in den letzten vier Jahren die Gemeinde wie niemand anderer bereichert.

Und was haben wir von dieser reichen Gemeinde verlangt? Unser Antrag, die Fürsorgeabgabe zu ermässigen, wurde vor einem Jahr abgelehnt. Gestern hat uns Herr Stadtrat Breitner die Ermässigung bekanntgegeben. Das ist aber nur eine Willensäusserung der Mehrheit und ich stelle daher den Antrag: Die Gemeinde verzichtet vom 1. Jänner 1927 auf den Zuschlag von ein Sechzehntel Prozent der Fürsorgeabgabe und sind nur mehr vier Prozent vorzuschreiben. Der Herr Finanzreferent wird beauftragt, noch vor dem 31. Dezember dem Landtag einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Ich konstatiere nun, dass es uns nach jahrelangen Bemühungen jetzt gelungen ist, diese Ermässigung dem Herrn Breitner abzurufen.

Wir haben auch verlangt die Ansätze der Lustbarkeitsabgabe um die Hälfte zu ermässigen. Wir haben Ermässigungen der Nahrungs- und Genussmittelabgabe verlangt und dass die Fremdenzimmerabgabe ganz abgeschafft werde. Ebenso die Wasserkraftabgabe. Diese ganzen Ermässigungen hätten einen Entfall von 200 Millionen ergeben. Das wären nur fünf Prozent von den 4000 Millionen, die im Budget vorgesehen sind. Dieser Betrag ist so geringfügig für die Gemeinde, aber bedeutet für die Wirtschaft etwas ganz kolossales. Der Betrag würde also an der Durchführung des Programmes gar nicht hindern.

Ihr Programm ist die Sozialisierung der bürgerlichen Gesellschaft. In der Dresdner Volkszeitung vom 28. Juni dieses Jahres hat Herr Breitner geschrieben: "Wir haben die Enteignung des Hausbesitzes durchgeführt." Dann wundert man sich, wenn Stadtrat Tandler klagt, dass die Bevölkerung der Verwaltung mit Missgunst gegenüberstehe. Ja, es hat sogar den Anschein, als ob Ihre Partei für alles, was Herr Breitner macht, nicht mehr die Verantwortung tragen will. Wir wünschen dem Herrn Breitner ein langes Leben, aber als Privatmann. In Herbst haben Sie nach der Auflösung des Parlamentes gerufen und nach Neuwahlen. Ich sage Ihnen heute, erledigen wird den Voranschlag und lösen Sie/den Gemeinderat auf und Sie werden dafür alle Stimmen des Gemeinderates haben. Ich und meine Partei haben den Mut zu Neuwahlen, weil dann Gelegenheit sein wird, ihnen zu beweisen, dass die gesam-

te Bevölkerung mit uns diesen Vorschlag ablehnt (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen)

G. Rita Dr. Motzko (chr., soz.) Das Um und Auf des Voranschlages ist dass Sie der Bevölkerung nehmen was Sie ihr dann in der Rolle des Wohltäters geben, damit es heisst, Sie tun etwas für die Bevölkerung. Alles aber was Sie tun ist ungenügend. Besonders die Fürsorge ist es, auf die Sie am meisten stolz sind. Gewiss kann eine Gemeindeverwaltung der Fürsorge nicht entbehren. Aber die Fürsorge die uns im Budget entgegentritt ist nur eine nachbessernde Fürsorge und das allerletzte Auskunftsmitglied der Verwaltung und ihrer Verwaltungspolitik. Sie sagen immer Oesterreich und Wien leiden wirtschaftlich, und das ist eine Angelegenheit, die Sie allein nicht lösen können. Gewiss ist die Krise der Wienerwirtschaft ein Teil der europäischen Krise. Aber es ist ganz falsch zu erklären, dass man sich mit dieser Tatsache abfinden müsse. Die Produktion auf Wiener Boden muss umgestaltet und neu gestaltet und damit die Möglichkeit einer Kapitalbildung gegeben werden. Das ist die wirkliche Hilfe. Jetzt steht wieder im Vordergrund einer, sagen wir, mitteleuropäischen Wirtschaftsangelegenheit der Rhein-Main-Donaukanal. Herr Stadtrat Breitner hat gesagt, wir haben keinen Seeweg und keine Wasserstrasse. Da haben wir eine Wasserstrasse und für sie zu sorgen die erste Aufgabe der Gemeindeverwaltung sein. Auch ein grosser Wiener Umschlagshafen ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Aber gar nichts ist in dem Voranschlag zu finden, dass sich mit diesen Problemen befasst. Wir suchen vorgeblich eine Post für die Ausgestaltung der Wasserstrassen und des Donauhafens. Das wäre Wirtschaftsförderung. Gehen Sie zu den Textilwarenerzeugern und Händlern. Die alle werden Ihnen sagen, es gehe kein Geschäft. Der Inlandmarkt ist vollständig unterbunden. Der Arbeitslose ist kein Käufer, er ist nicht einmal in der Lage sich ein paar Taschentücher zu kaufen. Durch Ihre Steuerpolitik haben Sie den Wirtschaftsmarkt brach gelegt. Wir brauchen im Budget vor allem die Wirtschaftsförderung. Dazu muss die Gemeinde die erste und tragende Initiatorin sein. Von ihr muss der Impuls ausgehen. Sie haben erklärt, Sie machen für den Fremdenverkehr, was Sie nur tun können. Herr Stadtrat Breitner, Sie sind der Letzte, der dazu beigetragen hat, den Fremdenverkehr in Wien zu fördern. Wenn die Fremden nach Wien kommen, so nicht um die Steuerkuriositäten kennen zu lernen, sondern die herrliche landwirtschaftliche Umgebung, unseren Stephansturm, für dessen Erhaltung Sie nur einige Brosamen übrig haben und deren Kunstwerk der Gotik ist, wie es kaum ein zweites in der Welt gibt. Wenn Sie sich auf den Standpunkt stellen, dass Wien etwas ganz ungewöhnliches im Staat ist, dann werden Sie dieses Problem nicht lösen. Stadtrat Breitner hat auch in seiner Rede darauf hingewiesen, dass die Zahl der internationalen Kongresse in Wien von 30 auf 60 gestiegen ist. Auch das ist eine fremde Feder, mit der Sie sich schmücken. Wir leben in einer Zeit, wo die Entfernungen keineswegs mehr jene Hindernisse bilden, wie in früheren Jahren. Wir sehen auch, dass die internationalen Beziehungen viel enger geknüpft sind, als früher. Ich glaube, dass die Zahl der internationalen Zusammenkünfte überhaupt stark gestiegen ist und dass diese Tatsache nicht allein auf Wien beschränkt sein dürfte.

Stadtrat Breitner gibt uns nur die Aussicht, dass die Wohnbauaktion der Gemeinde fortgesetzt werden wird. Gewiss, wir haben noch immer 11,000 mit I qualifizierte Wohnungslosen darunter einen grossen Teil von Obdachlosen. Sehr viele Familien sind auch in Wien, die keine Wohnung haben aber nicht unter den mit I Qualifizierten sind. Auch Sie können nicht leugnen, dass heute Wien fast die einzige Stadt ist, die die Mittel für den Wohnhausbau ausschliesslich aus Steuergeldern nimmt. Die ganze Last

wird hier einer einzigen Generation aufgebürdet. Ich verweise hier auf München, wo im Gegensatz zu früher jetzt ausschliesslich privates Kapital zum Wohnhausbau herangezogen wird und aus öffentlichen Mitteln nur Unterstützungen gewährt werden. Dagegen wehren Sie sich mit allen Mitteln. Stadtrat Breitner hat betont, dass in Deutschland die Mietzinse mit 130 Prozent valorisiert sind und im Zusammenhang damit auf die dort stets steigende Not und Arbeitslosigkeit verwiesen. Er hat auch gemeint, dass eine Folge der hohen Mieten in Berlin das dort früher unbekanntes System der Einzimmerwohnungen ist. Vor ganz kurzer Zeit hatte ich Gelegenheit mit führenden Persönlichkeiten aus dem Deutschen Reich zusammenzukommen. Das erste was sie mir gesagt haben war, dass sie nicht verstünden, warum die Gemeinde Wien so kleine Wohnungen baue. 35 Quadratmeter die kleinsten und 55 Quadratmeter die grössten Wohnungen. Stellen Sie sich vor, was eine Hausfrau auf einem Raum von 35 Quadratmeter anfangen soll. Das sind Räume, die in der Sprache des Wieners mit den Namen Spucktrücherln bezeichnet werden. Da kann man wohl kaum einen Fortschritt erblicken. Sie haben eine Reihe von Bilderbüchern über die neuen Wohnhausbauten gemacht, in denen auch das Ausmass der Wohnungen angegeben ist. Ich erwähne nur die Anlage in der Pfeilgasse, wo von 72 Wohnungen nicht weniger als 41 nur eine Wohnfläche von 35.5 Quadratmeter haben. Die anderen Wohnungen sind 45 Quadratmeter gross. Das ist ganz ungenügend. Gewiss wird jede Mietzinserhöhung hart empfunden und der sie am eigenen Leib zu spüren bekommt, empfindet sie als eine Last. Die Herstellung einer erträglichen Miete wird aber sicherlich zur Belebung der Volkswirtschaft beitragen.

16/12

